

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863**

12.11.1863 (No. 266)



# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 12. November.

N. 266.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einsendungsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Carl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

## Deutschland.

**Stuttgart, 8. Nov.** Die evangelische Synode hat ihre ordentliche Jahresversammlung heute begonnen.

**München, 9. Nov.** (Allg. Ztg.) Das Einladungsschreiben des Kaisers der Franzosen zu dem in dessen Thronrede angekündigten Kongress ist auch an Sr. Maj. den König Max von Bayern gerichtet worden, und gestern vom französischen Gesandten, Grafen Reclus, dem königl. Staatsminister des königl. Hauses und des Aeußern, Frhrn. v. Schrenck, eingehändigt worden.

**Darmstadt, 9. Nov.** (Südd. Ztg.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer kam zur Anzeige eine durch den Abg. Kuhl übergebene Zustimmungsadresse zu den bisherigen Beschlüssen der Kammer, insbesondere zum Kirchengesetz; bezugnehmend eine Beschwerde gegen einen Pfarrer im Odenwald, der Teufel austreibt, alten Leuten das Abendmahl verweigert, wenn sie nicht gewisse Sätze des Katechismus auswendig wissen, und ähnlichen zeitgemäßen und nützlichen Beschäftigungen obliegt. Nach kurzer mündlicher Berichterstattung Seitens des Abgeordneten D. Hofmann I. wurde sodann die Wahl des Abgeordneten Behlen an Stelle des verstorbenen Schilling von Untenheim als gültig anerkannt.

Zur Tagesordnung übergehend, begann die Kammer heute die Berathung des Budgets und zwar der Hauptabtheilung I. Laften und Abgänge. Abg. Eigenbrodt (Hof-Lauterbach) hatte den Bericht erstattet; in seiner Abwesenheit übernahm Werner das Referat. Aus Veranlassung der Anforderungen für vielfache Reparaturen von Kirchen-, Pfarr- und Schulhäusern an Orten, wo dem Fiskus eine bezahlte Baupflicht obliegt, war der Ausschuss getheilte Ansicht darüber gewesen, ob die Kammer über die einzelnen in den Voranschlägen vorgesehene, bezw. vom Ausschuss beantragten Posten in eine Berathung und Beschlussfassung eintreten solle, oder der Regierung zur Bestreitung der erforderlichen Ausgaben eine Aversionsanleihe von jährlich 8000 fl. zugewiesen werden sollte. Nach längerer und lebhafter Diskussion beschloß die Kammer den letztern Modus der Bewilligung. Seitens des Referenten wurde dabei betont, daß die Herausgabe dieser Anleihe Summe um nichts weniger demnach bei der Reichthumsabgabe im Einzelnen materiell gerechtfertigt werden müsse.

Eine lebhaft und interessante Diskussion entspann sich über einen andern Posten im Betrage von 21,000 fl. für Denunziationsgebühren und Strafantheile. Es besteht nämlich nach den zu den einzelnen Gesetzen über die indirekten Abgaben erlassenen Vollzugsanordnungen die Einrichtung, daß bei einer Kontravention gegen diese Gesetze der Denunziant die Hälfte der über den Kontravenienten verhängten Geldstrafe erhält. Es leuchtet ein, daß diese Einrichtung keine sonderliche Garantie gegen falsche Denunziation gewähren kann, um so weniger, als es sich bei jenem Strafantheile oft um bedeutende Beträge handelt. So wurde vom Abg. Stockhausen ein Fall angeführt, bei dem die Denunziationsgebühr, wenn die Strafe zum Vollzug gekommen wäre, die Kleinigkeit von 30,000 fl. betragen hätte. Im Ausschuss war diese Einrichtung lebhaft angegriffen und in Uebereinstimmung mit dem Ausschuss Erster Kammer auf Beseitigung der Denunziationsgebühren angetragen worden. Statt derselben sollte, wie dies bereits früher bei Abschaffung

der Denunziationsgebühr bei Forst-, Feld- und Polizeistrafen geschehen war, ein besonderer Fond dem Ministerium zugewiesen werden zur Verteilung an das betreffende Aufsichtspersonal, um durch diese Aussicht auf eine entsprechende Belohnung den Dienstleister zu beleben. Seitens der Regierung wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß die Abschaffung der Denunziationsgebühr einen sehr nachtheiligen Rückschlag auf das Eingehen der indirekten Steuern ausüben werde. Auch Werner glaubte einen geringern Eifer und eine leichtere Bestechlichkeit des Aufsichtspersonals befürchten zu müssen, in Folge deren schließlich die Bezahlung der indirekten Steuern nur noch von der Ehrlichkeit der Pflichtigen abhängen werde, und wies zugleich auf ähnliche Einrichtungen bei den Engländern und Franzosen hin. Von sämmtlichen anderen Rednern dagegen wurde der Widerspruch der bestehenden Einrichtung mit Recht und Moral eindringlich geltend gemacht, und demgemäß ging auch der Beschluß der Kammer nach dem Ausschussantrag dahin: die verlangten 21,000 fl. nur in der Art zu verwilligen, daß die Antheile der Denunzianten an den Strafen wegen verletzter Anleihegesetze (soweit diese Strafantheile nicht auf ausdrücklichen Gesetzen beruhen) der Regierung als ein Fonds zur Disposition gestellt werden, woraus angemessene Belohnungen an diejenigen Personen, welche zur Entdeckung oder Verhütung von Kontraventionen beigetragen haben, gegeben werden können.

**Darmstadt, 10. Nov.** (W. L. Z.) Die Zweite Kammer hat heute jede fernere Bewilligung für standesherrliche Grundrenten-Ablösung wegen aufgehobener Steuerprivilegien unter Widerspruch der Regierung nach eingehender heftiger Diskussion mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.

**Koburg, 9. Nov.** (Kob. Z.) In der heutigen Sitzung des Kreisgerichts wurde das Erkenntnis gegen den Rechtsanwalt Dr. Ludw. Rücker, als verantwortlichen Redakteur der „Wochenchrift des Nationalvereins“, eröffnet. Der Angeklagte wurde der Ehrenverletzung der Fürstin-Regentin von Neuch-Greiz für schuldig erachtet und zu 14-tägiger Gefängnisstrafe (der Staatsanwalt hatte nur 8 Tage beantragt) und Tragung der Kosten verurtheilt. Auch ist die betreffende Nummer der „Wochenchrift des Nationalvereins“ zu konfiszieren. In den Gründen des Erkenntnisses wurde ausgesprochen, daß Dr. Rücker, der den Verfasser des betreffenden Artikels zu nennen sich weigere, als Redakteur des Blattes die Verantwortung dafür zu tragen habe, gleichviel, ob er ihn gelefen habe oder nicht. Er sei aber auch verantwortlich, wenn aus einer absichtlichen Zusammenstellung von Thatsachen die beleidigende Tendenz unverkennbar sei. Auch die fittliche Indignation über die von der Fürstin Neuch-Greiz geforderte Prinzessinnensteuer ernüchterte noch nicht zu der in dem Artikel ausgesprochenen Beleidigung. Der Angeklagte wird gegen dieses Erkenntnis Appellation einreichen.

**Dresden, 7. Nov.** (D. N. Ztg.) In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer behielt Abg. Fahnauer sich vor, in nächster Sitzung einen auf die überleitete Einberufung der Stände bezüglichen Antrag zu stellen. Abg. Wammen beantragte Aussetzung der Geschäfte bis nach Vollendung der richterlichen Wahlen. Der Antrag, zahlreich unterstützt, ward dennoch gegen 5 Stimmen abgelehnt. Die Minderheit (darunter Wammen, Lang, Bornig) wollte, um die Kammer beschlussfähig zu machen, den Saal verlassen, aber zwei Mitglieder versagten ihre Mitwirkung dazu.

Drei reichten unbeschriebene Stimmzettel ein. — Erschreckt durch die wenn auch noch schwachen Anfänge einer Fortschrittspartei in der Zweiten Kammer, beabsichtigen der Vizepräsident Lehmann und der ritterchaftliche Abg. Günther die Bildung einer Partei des rechten Zentrums. Der erste Punkt des aufzustellenden Programms wird die unbedingte Anerkennung des Frankfurter Bundesreform-Projekts aussprechen.

**Dresden, 9. Nov.** (N. Z.) Heute Mittag um 12 Uhr ist im königl. Schlosse der Landtag von Sr. Maj. dem König mit folgender Thronrede eröffnet worden:

Meine Herren Stände! Ihre gegenwärtige Versammlung fällt in einen Zeitpunkt, in welchem die wichtigsten Interessen unseres engeren und weitem Vaterlandes in Frage kommen. Es kann Mir nur erwünscht sein, unter solchen Umständen die Vertreter des Landes um Mich vereinigt zu sehen, und ihre bewährte patriotische Stimme zu gezierter Zeit vernahmen zu können. Der Handelsvertrag mit der kaiserl. französischen Regierung, zu welchem Sie auf dem letzten außerordentlichen Landtag Ihre Zustimmung gegeben, konnte wegen mangelnden Beitritts mehrerer Zollvereins-Staaten zur Zeit noch nicht zum definitiven Abschluß gebracht werden. Mein Bestreben ist unausgesetzt dahin gerichtet, sowohl dem Lande die Vortheile, die jener Vertrag verspricht zu sichern, als die bewährten Segnungen des Zollvereins demselben zu erhalten. Die so eben zu Berlin eröffneten Verhandlungen werden Gelegenheit bieten, dieses doppelte Ziel ferner zu verfolgen, und hoffentlich ein allseitiges Einverständnis herbeizuführen. Meine Regierung wird hiebei auch der in der ständischen Schrift vom 26. Juni 1862 ausgesprochenen Wünsche und Anträge unvergessen sein.

Die belagerten Städte des Friedens, welche in mehreren Ländern noch fortdauern, konnten nicht verlassen, auf die gewöhnlichen Verhältnisse Sachsen mannichfach nachtheilig einzuwirken; doch gereicht es Mir zu großer Beruhigung, daß die aufopfernden und einsichtsvollen Bemühungen unseres Gewerbestandes und die oft bewährte Geduld, Stille und Ausdauer unserer gewerblichen Bevölkerung auch diesmal den Eintritt eines allgemeinen und tiefer greifenden Nothstandes zu verhüten wußten. Die freiere Bewegung und selbständigere Stellung, welche den gewerbetreibenden Kreisen durch das unter dem 15. Okt. 1861 bekannt gemachte Gewerbegesetz verliehen worden, sind hiebei nicht ohne heilsamen Einfluß geblieben. In weiterer Verfolgung des eingeschlagenen Weges wird Ihnen der Entwurf eines erweiterten Berggesetzes, sowohl für den Regal-Bergbau als für die Ausbeutung der Regale nicht unterworfenen Hofsilien vorgelegt werden, welches unter Benützung der gewonnenen Erfahrungen, so viel es die Eigenthümlichkeit der Verhältnisse gestattet, auch diesem Zweige der Industrie einen möglichst freien Spielraum gewähren soll.

Zu besonderer Genugthuung gereicht Mir der befriedigende Zustand unserer Finanzen. Er gewährt Mir die Möglichkeit, Ihnen eine durchgreifende Maßregel zur Verbesserung der Lage der Angehörigen aller Klassen vorzuschlagen zu können, die durch die veränderten Preise der Lebensbedürfnisse dringend geboten erscheint und ebenso der Rücksicht der Billigkeit für die Beteiligten als der höhern Rücksicht auf den Staatsdienst entspricht. Des hierdurch herbeigeführten Mehraufwandes unerachtet wird es möglich sein, den Steuerpflichtigen mehrere nicht unerhebliche Erleichterungen angedeihen zu lassen.

Das bürgerliche Gesetzbuch ist nach Beendigung der vorbehaltenen Endredaktion am 2. Jan. 1863 publizirt worden. Der Zeitpunkt, wann letzteres in Kraft treten soll, hat zur Zeit noch nicht festgesetzt werden können, da man sich überzeugt hält, daß derselbe, wenn nicht große Unzuträglichkeiten herbeigeführt werden sollen, mit dem Inleben-treten einer neuen Zivilprozessordnung zusammenfallen muß. Der Entwurf einer solchen, sowie einer Konturordnung wird Ihnen auf

## Die Tüllinger Wirthstochter.

(Fortsetzung aus Nr. 265.)

In diesem Augenblick trabte ein Detachement französischer Reiter in's Dorf, und mit ihnen ritt auf einer Mähre der uns bekannte Joseph in bürgerlicher Kleidung neben dem Offizier. Er deutete auf das Wirthshaus, und man ritt an dasselbe heran.

„Alles geschlossen!“ sagte der Offizier. „Muß also doch weg sein.“

Joseph aber klopfte am Fenster:

„De da! Papa Kaspar, öffne!“

Keine Antwort.

„Schlagen wir die Läden ein!“ rief Joseph, „muß doch wohl ein Häßchen Wein zu finden sein. Hm! Kapitän, was meint Ihr?“ wandte er sich in französischer Sprache an diesen.

Aber da grollte der Donner der Geschütze über ihnen.

Ohne eine Antwort zu geben, kommandirte der Offizier: „Rehrt!“

Joseph hatte jedoch in diesem Augenblick keine Augen auf die Bäume des anstehenden Gartchens gerichtet.

„Kapitän, steht her!“ rief er diesem zu.

Die beiden Spione baumelten hier; mit fixen Augen der dicke Louis, der Hauptmann die Augen geschlossen.

„Rehrt den Hag ein!“ befahl der Kapitän seinen Leuten; allein durch die Kaiserlichen, welche die Weiden aufgehängt hatten, war der Hag schon hinlänglich zerissen worden, um selbst mehr als einen Reiter durchzulassen.

Der französische Reiteroffizier war auch, ohne weiter die Ausführung seines Befehls abzuwarten, in das Gartchen gesprengt, hieb mit seinem Säbel den Strich durch, an dem der Hauptmann aufgehängt war, und besah dann einem Soldaten, mit dem Gefährten des Hauptmanns das Gleiche zu thun. Dann lud man die beiden Leichen auf, und der Kapitän befahl von neuem den Abmarsch.

„Und die elende Spionne da?“ wollte Joseph fragen, indem er auf das Sonnen-Wirthshaus deutete, ohne Zweifel in der Absicht, an demselben Rache nehmen zu sehen.

„Keine Zeit!“ war die kurze Antwort des Kapitäns, und „Ratsch!“ kommandirte seine Donnerstimme, welche jetzt eben der Schlauchärm überdröhte.

Regerlich folgte Joseph dem Reitertrupp, indem er noch einen finstern Blick nach dem Wirthshaus zurückwarf.

Oben auf dem Plateau hatte die Artillerie der Reichstruppen das Feuer begonnen, die französische Infanterie griff unter lautem Kriegsgeschrei das Gehölz an. Auf der Seite der Offiziere fielen gleich im Anfang Graf von Fürstberg und der Prinz vom Anspach; dem Korpskommandanten folgte der Erbprinz von Baden-Durlach im Kommando, seine Truppen vertheidigten sich mit dem Muthe der Verzweiflung, aber die Franzosen wollten nicht weichen, man kämpfte Brust an Brust, kein Pardon wurde gegeben, keines genommen. Dragoner kämpften zu Fuß zur Seite der Infanteristen.

Dort drüben kämpfte die Kavallerie, die der Reichstruppen begegneten der französischen, eine Karabinersalve der Ersten und mit geschwungnem Säbel stürzte sich die französische ihr entgegen, ein wildes Handgemenge begann. Große Verwirrung herrschte in der Reichsinfanterie, ein Hagel von Kanonenkugeln häuete sie auseinander. Schon süßten sich die Franzosen Sieger; die Reichsarmee wich fast auf allen Punkten zurück, fast wäre auch im Getümmel der Erbprinz von Baden-Durlach den Feinden in die Hände gefallen; allein seine Kavallerie sprengte zeitig an, und drei Reiter, alle drei aus Weil gebürtig, hieben ihn glücklich heraus.

Markgraf Ludwig von Baden-Baden, der Oberbefehlshaber der Reichstruppen, war auf dem Punkte, den Befehl zum Rückzug zu geben; denn die feindlichen Streikräfte waren ihm überlegen, die Furcht war bei seinen Truppen eingedrungen und eine Umgehungscolonne unter dem

General Erffa wollte noch immer nicht auf dem rechten feindlichen Flügel erscheinen. Da schwankte plötzlich die französische Linie und die Kunde, daß General Villars das Schlachtfeld verlassen, drang bis zu den Ohren des Prinzen. Seine Adjutanten flogen nach allen Richtungen, und „Vorwärts!“ tönte der Ruf, dessen magnetische Gewalt die deutschen Truppen mit neuem Muthe besetzte. Die Munition war erschossen, aber man griff zum Seitengewehr und stürmte vorwärts; die Franzosen wichen in wilder Eile zurück. Auch durch die Neben drang jetzt eine Kolonne.

„Erffa!“ rief der Oberfeldherr, als er sie von ferne sah, wie sie sich durch die Neben wand. „Unser ist der Sieg!“

Mit der ersten Abtheilung ging, den Knotenstock gehoben, ein Bauer in der schlichten Tracht eines Markgräfers. Sein Auge leuchtete, wacker schritt er aus.

Der Prinz sah ihn, aber er hatte jetzt nicht Zeit, sich weiter um ihn zu bekümmern.

Denn dort drüben an der Tüllinger Kirche stürmte zugleich ein Reiterhaufen gegen die sich dort sammelnden Franzosen, welche das Käferhölzchen in Unordnung verlassen hatten. Wie sie auf die Flüchtigen einhieben, sie den Berg herab warfen nach Weil, dort in die Reflexen Verwirrung brachten, so daß sie ebenfalls mit den Flüchtigen nach dem Rhein flohen!

Es hatte dieser blutige Kampf nur volle zwei Stunden gedauert und jetzt war wieder, außer vereinzelten Schüssen, eine gewisse Ruhe herein-gebrochen; aber trübe Rauchwolken verhüllten die Sonne, Raben und Raubvögel kreisten um die mit Leichen bedeckten Felder, die Kolonnen der Reichsarmee sammelten sich nach und nach und nahmen Stellung auf der Höhe. Die Einwohner des Orts Tüllingen wagten sich aus ihren Häusern, von denen einige durch die Kugeln schwer beschädigt waren.

(Fortsetzung folgt.)



gegenwärtigem Landtag vorgelegt werden; denn obgleich meine Regierung fortführt, auch auf diesem Gebiete die Herstellung einer allgemeinen deutschen Gesetzgebung anzustreben, so glaubt sie doch die so dringend im Lande gewünschte gesetzliche Regelung dieser Angelegenheiten nicht bis auf die voraussichtlich eine längere Zeit in Anspruch nehmende Vollenbung der Verhandlungen auf gemeindeutschem Gebiete verschieben zu dürfen.

Die mit der letzten ordentlichen Ständeversammlung verabschiedeten Gesetze über einige Aenderungen der Verfassungsurkunde und die Wahlen der Abgeordneten beider Kammern sind unter dem 19. Okt. 1861 bekannt gemacht worden, und es erscheint heute die Ständeversammlung zum ersten Mal in der durch dieselben bedingten veränderten Zusammensetzung, welche dem für Sachsen so wichtigen Gewerksstand eine stärkere Vertretung gewährt.

Die Verhältnisse Sachsens zu den auswärtigen Mächten sind fortwährend befriedigend. In den Angelegenheiten Deutschlands sind mehrere sehr einflussreiche Vorstöße geschehen. Zunächst ist die holländische Sache durch die am Bund beschlossene Exekution in ein entscheidendes Stadium getreten. Treu seiner Bundespflicht, hat Sachsen dem ihm gewordenen Auftrag, an der Vollziehung jener Exekution Theil zu nehmen, bereitwillig entsprochen, jedoch dabei diejenigen Anträge gestellt, welche ihm zur Wahrung seines eigenen Interesses und besonders zur Sicherung des erstrebten Zwecks nöthig schienen. Meinerseits soll nichts vernachlässigt werden, was die Ehre Deutschlands bei Durchführung dieser Angelegenheit erhöhen wird. Die Zweckmäßigkeit unserer Militärorganisation wird sich auch hierbei auf das entschiedenste bewähren.

Meiner bereits früher ausgesprochenen Ueberzeugung gemäß habe ich auch in der letzten Zeit nichts unterlassen, um, so weit meine Kräfte reichen, die Entwicklung der deutschen Angelegenheiten in liberalem Sinn zu fördern. An mehreren, vermöge Bundesbeschlusses niedergesetzten Kommissionen, welche die Anbahnung möglicher Gleichförmigkeit in verschiedenen Theilen der Gesetzgebung durch freiwillige Vereinigung zum Ziel haben, hat sich auch Sachsen betheiligt, und als auf Einladung Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich eine Versammlung deutscher Fürsten und der Vertreter der Freien Städte zu Frankfurt a. M. zusammentam, um eine Reform der Grundgesetze des Bundes zu beraten, habe ich mich der persönlichen Theilnahme an derselben gern unterzogen. Der zahlreich besuchte Versammlung wurde kaiserl. österreichischer Seits der Prinz von Hohenhausen, auf denen der Deutsche Bund beruht, zu verlegen, den Bedürfnissen Deutschlands in Förderung kräftiger Zusammenwirken und besserer Uebereinstimmung der Bundesverfassung mit den Verfassungen der einzelnen Länder gerecht zu werden trachten, und indem sie das Erreichbare anstreben, zugleich die Bahn für eine fortschreitende Entwicklung in der eingeschlagenen Richtung eröffnen. Nach sorgfältiger Erwägung und Annahme mehrerer, obigen Gesichtspunkten entsprechenden Aenderungen hat die große Mehrzahl der anwesenden Mitglieder des Deutschen Bundes dem revidirten Entwurf, wie solcher aus einer gewissenhaften und sorgfamen Berathung hervorging, ihre Zustimmung erteilt.

Kann derselbe nun auch ohne Beitritt der übrigen Bundesmitglieder nicht in's Leben treten, so halte ich doch, im Bewußtsein der redlichen Absicht, die uns geleitet hat, und im Vertrauen auf die bundesfreundlichen Gesinnungen sämmtlicher Bundesglieder, an der Hoffnung fest, daß es gelingen werde, auf der gewonnenen Basis, im Wege der Verhandlung, das ersehnte Ziel zu erreichen, und bin ich meines Theils bereit, zu jedem bundesmäßigen Schritt die Hand zu bieten, der hierzu als geeignet erscheinen wird. Die Stimmung, die sich bei meiner Rückkehr im Lande kundgab, läßt mich glauben, daß der Gedanke, auf dem das Frankfurter Werk beruht, auch unter der Bewußtseins-Anklang gefunden hat. Um so zuversichtlicher zähle ich hierbei auf Ihre Unterstützung, da ich weiß, daß bei Sachsen Ständen der Ruf des deutschen wie des sächsischen Patriotismus nie ungehört verhallt. Möge der Himmel bald den Tag erscheinen lassen, wo Deutschlands Stämme allzumal bei Vollenbung des großen Werkes sich die Hände reichen und Deutschland, einig im Innern und achtunggebietend nach außen, den Platz einnehmen wird, der ihm unter Europa's Blätern gebührt!

**Dresden, 10. Nov. (W. L. B.)** Das „Dresd. Journ.“ bringt ein Warschauer Telegramm, welchem zufolge Czarschowskij's Injurgenabtheilung am 6. vollständig zerstreut worden ist. Czarschowskij selbst wurde gefangen und ist bereits an seinen Wunden in Radom gestorben.

**Hrofsen, 5. Nov.** Der Landtag ist am 2. im Namen des Fürsten durch Geh. Rath Winterberg eröffnet worden. Derselbe sagte u. A. über die deutsche Frage:

Seit dem Schluß des letzten Landtags ist ein Ereigniß eingetreten, welches von hoher Bedeutung für die allgemeinen vaterländischen Interessen ist. Sr. Maj. der Kaiser von Oesterreich hat im Aug. d. J. die deutschen Fürsten zu einer Zusammenkunft nach Frankfurt eingeladen, um über eine zeitgemäße Bundesreform in Berathung zu treten. Sr. Durchlaucht der Fürst hat mit der großen Mehrzahl Höchster Bundesgenossen dieser Einladung Folge geleistet und an der gedachten Berathung in der Weise Theil genommen, wie Ihnen aus Dem, was darüber in die Öffentlichkeit gelangte, bereits bekannt geworden ist. Wenn auch die statigehabten Verhandlungen bis jetzt kein unmittelbar praktisches Ergebnis geliefert haben, so ist doch die Hoffnung eine begründete, daß bei dem allseitig anerkannten Bedürfnis einer Reform der Bundesverfassung die einmal angeregte Frage nicht ohne Folgen bleiben werde. Sr. Durchlaucht ist entschlossen, allen weiteren Bestrebungen, welche zu einer, seinem Standpunkt entsprechenden Lösung der vorliegenden, eben so wichtigen als schwierigen Aufgabe hinzuzuführen geeignet sind, mit Bereitwilligkeit sich anzuschließen.

**Oldenburg, 6. Nov. (Wesf. Ztg.)** Die jüngst vollzogenen Neuwahlen zum Landtag sind heute vollständig bekannt geworden. Darnach ist der aus 49 Abgeordneten bestehende Landtag folgendermaßen zusammengesetzt: 25 Landwirthe, meistens Inhaber größerer bäuerlicher Besitzungen; 20 Staatsdiener, 3 Gewerbetreibende, 1 Anwalt. Von den Gewählten sind 42 bereits früher Mitglieder des Landtags gewesen.

**Berlin, 9. Nov.** Die Kosten für die Befegung der polnischen Grenzen durch Preußens Truppen belaufen sich bereits auf 3 Millionen Thlr. — Aus Berlin, 8. Nov., wird der „Wesf. Ztg.“ geschrieben: „In der vorgestrigen Sitzung der Zollkonferenz wurden die Anträge Bayerns und Württembergs in Betreff des französischen Handelsvertrags und der an Oesterreich zu machenden Zugeständnisse von Preu-

sen unbedingt abgelehnt, worauf die Bevollmächtigten der süddeutschen Staaten ihrerseits eben so entschieden die Genehmigung des französischen Handelsvertrags zurückwiesen. Man hält die Zollkonferenz für völlig resultatlos und die formelle Kündigung der Zollvereins-Verträge für unvermeidlich. — Der Kultusminister Dr. v. Müllers hat folgenden Erlaß an die königl. Konsistorien und Regierungen gerichtet:

Sr. Maj. der König haben mittelst Allerhöchster Oedre vom 2. d. M. geruht, bis zur Wiederbesetzung der erledigten Stelle des Präsidenten des evangelischen Oberkirchenraths mir die obere Leitung der Geschäfte dieser Behörde neben meinem gegenwärtigen Amte einzuweisen zu übertragen. Indem ich u. hiervon in Kenntniß setze, bemerke ich zugleich, daß hierdurch eben so wenig in der verfassungsmäßigen kollegialischen Selbstständigkeit und in der unabhängigen, nur Sr. Maj. dem König unmittelbar untergeordneten kirchlichen Stellung des evangelischen Oberkirchenraths, wie in der bestehenden Abgrenzung der Ressortverhältnisse in den evangelischen Kirchensachen zwischen dem Minister der geistlichen u. Angelegenheiten und dem evangelischen Oberkirchenrath Etwas geändert worden ist. Demgemäß bleiben auch die geschäftlichen Formen der Berichterstattung in den bisher gehörigen Angelegenheiten nach wie vor dieselben. Berlin, 7. Nov. 1863. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, v. Müllers.

Gestern Abend traten von den neuen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses achtzehn der Fortschrittspartei bei. Das linke Zentrum ist fest entschlossen, in allen Fragen von Bedeutung Hand in Hand mit der Fortschrittspartei zu gehen. Es wird hierdurch eine so kompakte Majorität gebildet, daß die liberale Partei von vornherein des parlamentarischen Uebergewichts versichert sein darf. So sehr man nun auch in den Kreisen dieser beiden Fraktionen entschlossen ist, dem Rechte der Verfassung kein Jota zu vergeben, so tritt doch das Bestreben schon jetzt hervor, immer und überall möglichst Maß zu halten. Es kann dann nicht fehlen, daß auch die Mitteleralen meistens aus Seiten der großen Majorität stehen werden. — Hr. v. d. Heydt hat gestern die Fraktionsversammlung der Feudalen besucht und sein weiteres Erscheinen in Aussicht gestellt.

**Berlin, 10. Nov.** In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurde zunächst das Resultat der Wahl der Schriftführer verkündet. Gewählt sind die H. H. Frhr. v. Romberg, v. Schönborn, Graf v. d. Gröben-Bonarien, Frhr. v. Odershausen, Beyer, Graf Göben, v. Gumbrow, v. Heilmann. Es folgen dann Abtheilungs- und Kommissionswahlen. Sofort bringt der Minister des Innern zwei Gesetzentwürfe ein; die erste betrifft die Preßordnung vom 1. Juni, die zweite die Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen des Preßgesetzes und des Strafgesetzes über die Unterjochung und Bestrafung der Preßergehen. Der Minister erklärt, daß die damaligen abnormen Preßverhältnisse den Erlaß der Preßverordnung vom 1. Juni nothwendig gemacht hätten, daß diese aber der Regierung nicht geeignet scheinen könne, als dauerndes Gesetz zu bleiben und daß deshalb durch die zweite Vorlage — bis zu deren Annahme die Verordnung in Kraft bleiben müsse — ein Zustand herbeigeführt werde, welcher den Erlaß ähnlicher außerordentlicher Verordnungen unnöthig mache. Die Vorlage wird einer besondern Kommission von 15 Mitgliedern übergeben.

Die H. H. v. Below, v. Frankenberg-Ludwigsdorf und v. Plöb, unterstützt durch 26 Unterschriften, haben den Antrag eingebracht, eine Adresse an Sr. Maj. den König in Beantwortung der Thronrede zu richten. Graf Rittberg, Oberbürgermeister Haselbach und Dr. Brüggemann widersprechen dem Antrag, indem sie glauben, daß ein solcher Beschluß als eine Provokation des andern Hauses ausgelegt werden und die von Sr. Majestät ausdrücklich in der Thronrede ausgesprochene Hoffnung einer Verständigung benachteiligen könne. Hr. v. Below, Frhr. v. Senft-Pilsach und Hr. v. Meding dagegen halten es der Würde und der Stellung des Hauses ganz angemessen und genügende Veranlassung vorliegend, vor dem König die Meinung des Hauses und der ansehnlichen Minoritäten bei den Wahlen auszusprechen. Die Adresse wird beschlossen und eine besondere Kommission von 10 Mitgliedern damit beauftragt. Schluß der Sitzung.

**Berlin, 10. Nov.** Ein Theil der Morgenblätter geht heute, natürlich mit der gebotenen Vorsicht, an die Besprechung der Thronrede. Die „Nat.-Ztg.“ und die „Vossische“ sind zufrieden mit derselben, und in derselben Stimmung scheint auch die „Berl. Allg. Ztg.“ gewesen zu sein, denn sie hat einen Leitartikel über die Rede Angesichts der ihr gestern Abend erteilten dritten Verwarnung bei Seite gelegt und meint nur, daß alle etwaigen Vermittlungsvorschläge keinen Erfolg haben werden.

Die „Nat.-Ztg.“ wundert sich darüber, daß in der Rede weder die Verordnung wegen der Stellvertretungs-Kosten für die zu Abgeordneten gewählten Beamten, noch die Erlasse in Betreff des Verhaltens der Beamten bei den Wahlen erwähnt werden. Was die angekündigte Vorlage in Betreff des Preßgesetzes betrifft, so scheint sie eine dauernde Einschränkung des bisherigen Maßes der Preßfreiheit zu beabsichtigen, die Thronrede gebe aber keinerlei Anstöße zur Begründung einer so außerordentlichen und beklagenswerthen Forderung. „In einer Zeit, wo die Regierung so viel Nachgiebigkeit von der Volksvertretung, so viel Leistungen für den Staat vom Volk verlangt, hätte man dieses Ansuchen am wenigsten erwarten sollen.“ Die Annahme des Antrags auf Revision des Art. 99 der Verfassung werde von dem bisherigen Finanzrecht der Landesvertretung wenig übrig lassen. Die Session beginne also unter schlechten Ausspizien, und wenn die Regierung heute schon erkläre, daß sie nur einem solchen Budget für 1863 ihre Zustimmung erteilen werde, durch welches die Heeresorganisation sichergestellt wird, so müsse man fragen, wozu denn das Budget überhaupt beraten werde, wenn man den Abgeordneten im voraus erklärt, was sie beschließen dürfen? —

Die „Voss. Ztg.“ faßt sich auch heute, wie in der letzten Zeit immer, sehr kurz. Sie hebt ebenfalls die beiden Punkte

in Betreff der Rücke und des Budgets, das die Heereseinrichtung sicherstellt, als den Schwerpunkt hervor. Damit habe die Regierung klar und deutlich ihre Bedingungen der Verständigung gestellt, und die Abgeordneten würden ihrerseits zu erwägen haben, wie weit sie gehen dürfen. Im Ganzen scheine jetzt eben so wenig Aussicht auf Verständigung, wie zu Anfang des Jahres, wo allerdings die Einladung zu einem europäischen Kongreß, wo die schwebenden Fragen gelöst oder zerhaufen werden sollen, fehlte.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hält es für überflüssig, einen Kommentar zur Thronrede zu geben, denn diese Rede sei klar, unzweideutig und einem Jedem verständlich, der sie verstehen will.

Außer den bereits bisher genannten Gesetzentwürfen soll, wie man hört, dem Landtag auch ein Entwurf zugehen, betreffend die Entziehung und Beschränkung des unbeweglichen Eigentums, also ein Expropriationsgesetz.

Die Einladung zum europäischen Kongreß ist aus Paris am Sonntag hier eingetroffen, begleitet von einer Denkschrift des Hrn. Drouin de Lhuys. Man versichert, daß Preußen gegen den Kongreß nichts einzuwenden habe. — In St. Petersburg ist gestern in Stelle des Hrn. v. Blankenburg der Minister der landwirthsch. Angelegenheiten, Hr. v. Selchow, gewählt worden.

**Wien, 7. Nov.** Im Abgeordnetenhaus wurde heute über die neue Anleihe Beschluß gefaßt. Der Antrag des Ausschusses, eine Anleihe im Betrag von 69 Millionen Gulden zu bewilligen (wovon die 20 Millionen für Ungarn inbegriffen sind), welche Summe „auf die den Staatskassen möglichst wenig belastende Weise“ beschafft werden soll, wurde fast einstimmig ohne Debatte angenommen. Eventuell, d. h. falls die neue Personal-, Kurus- und Klassensteuer nicht oder nicht mit dem veranschlagten Betrage eingeführt werden sollte, wird nach Art. 2 des angenommenen Gesetzes die Bewilligung auch auf diesen Betrag (von 16,115,200 fl.) ausgedehnt, so daß also eigentlich 85 Millionen, mithin, wenn man die von der Nothstandsanleihe abgezogenen 10 Millionen außer Anschlag läßt, die ganze vom Finanzminister geforderte Summe gewährt worden ist. Daß das Haus so ohne alle Debatte und durch Erhebung von den Seiten die Anleihe votirt hat, wird allgemein auf Rechnung der französischen Thronrede geschrieben. — Der Präsident schließt alsdann — das erste Mal, daß dieser Vorgang stattfindet — die Sitzung des weitern Reichsraths, worauf die Siebenbürger den Saal verlassen, und eröffnet die des engern. In dieser wurde lediglich der Gesetzentwurf über die Organisation der politischen Behörden zur ersten Lesung gebracht, und ein Ausschuß von neun Mitgliedern für die Vorberathung und Berichterstattung über denselben gewählt.

Heute hielt der Ausschuß für die außerordentlichen neuen Steuern eine Sitzung, worin er nach längerer Berathung und nachdem er die Einwendungen des anwesenden Finanzministers v. Plener entgegengenommen hatte, definitiv beschloß, sich für die Annahme der projektirten Kurussteuer, dagegen für unbedingte Ablehnung der Personal- und der Klassensteuer zu erklären.

Wie die „Wien. Abendpost“ vernimmt, ist die Ankunft des Großfürsten Konstantin in Wien auf den 15. d. angemeldet; sein dortiger Aufenthalt wird sich auf fünf bis sechs Tage erstrecken, und er wird diesmal im russischen Botschaftshotel absteigen. Gegen den Winter hin soll sich derselbe nach Baden-Baden begeben.

### Frankreich.

**Paris, 10. Nov.** Die „France“ zweifelt nicht, daß die meisten Souveräne zustimmend auf die kaiserl. Einladung zum Kongreß antworten werden; indessen sei bis heute noch keine offizielle Zustimmung eingelaufen. Dagegen wird mit Bestimmtheit versichert, daß Victor Emanuel sofort telegraphisch auf die Kongreßeinladung antwortete und sich bereit erklärte, persönlich zu kommen. Die Antwort der übrigen Souveräne ist abzuwarten. Einstweilen hebt der offiziöse „Constitutionnel“ in seiner Provinzausgabe hervor, daß Frankreich den meisten Fragen, welche Europa in Unruhe versetzen, fern stehe, das Nichtzustandekommen eines Kongresses sohin keineswegs das französische, sondern das allgemeine Interesse verlege, und daß, wenn Europa es vorziehen werde, sich in dem gegenwärtigen schmerzlichen Zustande fortzuschleppen — Frankreich jeder Verantwortlichkeit ledig sei.

Die bei der Quäsur des Gesetzgeb. Körpers eingelaufenen Protestationen zählen bereits 172 und ihre Zahl wächst täglich. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß man vor Ende des Jahres nicht zur Abreißstimmung gelangen wird. 7 bis 8 Wahlmüllungen stehen außer Zweifel. Das Blaubuch (Darlegung der innern Zustände) wird nächsten Dienstag, das Gelbbuch in der zweiten Hälfte des Monats vertheilt werden. — Die Wahlfähigkeit der Eisenbahn-Direktoren wurde in der gestrigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers von Hrn. Emil Davier befürwortet und von der Kammer anerkannt. Minder unangesehen als die Eisenbahn-Direktoren dürften die, selbst von der Zivilliste besoldeten Beamten durchkommen. Gegen die Wahlfähigkeit des Marq. d'Arlicourt, Kammerherrn des Kaisers, sprachen sich im 6. Bureau (auf die Bemerkungen der H. H. Marie und Picard) von 20 anwesenden Mitgliedern 12 für die Unzulässigkeit aus. — Prinz Napoleon und Prinzessin Clotilde sind heute Morgen nach Compiegne abgereist. — Unter den nach Compiegne Eingeladenen befinden sich nur zwei Diplomaten: Hr. v. Nigra und Lord Cowley. — Es scheint sich zu bestätigen, daß die französ. Regierung wegen des Verhaltens des englischen Missionärs Ellis auf Madagaskar Vorstellungen an das Kabinet von St. James richtete. — Man schreibt dem Finanzminister die Absicht zu, den 60 Wechseltaganten noch 60 Kollegen zu geben.

Die heutige Börse ist, wie kaum anders zu erwarten war, geschäftslos geblieben. Rente bewegte sich träge zwischen 66.90 und 67.05. Credit Mob. bleibt 1080. Man will wissen, daß die Metallvorräthe der Bank eine neue Verminderung erfahren und 210 Millionen nicht mehr überflügen.



Gestern versicherte man, der Rest von 200 Millionen der letzten ital. Anl. sei von Rothschild und Gen. zu 71 Proz. übernommen worden; heute wollte man wissen, daß im letzten Augenblick sich zwischen Rothschild und Hrn. Minghetti Schwierigkeiten erhoben und den Abschluß des Geschäfts verhindert haben. Man will in der Laffitte-Straße der Turiner Regierung von den 71 Proz. noch die traditionellen 2 Proz. Kommission abziehen und den Coupon gratis darin haben. Ital. Anl. fiel auf 72.30.

### Dänemark.

Kopenhagen, 8. Nov. Man schreibt der „National-Ztg.“: „In unterrichteten Kreisen war in voriger Woche viel von Verhandlungen die Rede, welche zwischen der dänischen Regierung und den Kabinetten von London und Paris in Betreff der Exekutionsfrage stattgefunden haben sollen. Die beiden Kabinette haben nämlich, wie man vernimmt, wiederholt der dänischen Regierung die dringendsten Vorstellungen gemacht, daß sie das Einrücken der Bundesstruppen in Holstein nicht als Kriegsfall auffassen und behandeln möge. Wie es heißt, hat auch Schweden diese Vorstellungen unterstützt. Gegenwärtig spricht man wieder von Verhandlungen, die zwischen der hiesigen Regierung und den beiden deutschen Großmächten in Gang sein sollen, und man ist in hiesigen Kreisen bereits so zuversichtlich geworden, daß man nicht bloß die Sistierung der Exekution, sondern selbst eine friedliche Beilegung des ganzen Konfliktes als nahe in Aussicht stehend bezeichnet.“

Wie Das möglich sein soll, ist indessen jetzt weniger als je abzusehen. Ganz unerwartet hat nämlich der Konseilspräsident zu seiner eigenen Verfassungsvorlage ein Amendement eingebracht, durch welches jede friedliche Ausgleichung des Konfliktes völlig außerhalb des Bereichs der Möglichkeit gerückt worden ist. Nach der ursprünglichen Regierungsvorlage lautet nämlich §. 67 des neuen Verfassungsentwurfs für Dänemark-Schleswig folgendermaßen: „Das Verfassungsgesetz für die gemeinsamen Angelegenheiten der dänischen Monarchie vom 2. Oktober 1855 ist aufgehoben.“ Der Konseilspräsident beantragt nunmehr statt dessen, dem §. 67 folgende Fassung zu geben: „Dieses Grundgesetz tritt den 1. Januar 1864 in Kraft.“ Mit dieser Aenderung wird der ganze deutsch-dänische Konflikt schon in aller nächster Zeit einer entscheidenden Krisis entgegengeführt. Es kann fortan nicht mehr von Unterhandlungen, von einer Vermittlung oder von einer Vertagung der Sache noch irgend die Rede sein. Denn mit dem Tage, wo die neue Verfassung ins Leben tritt, und als solcher ist von der Regierung nunmehr bereits im voraus der 1. Jan. bezeichnet, ist die Verschmelzung Schleswigs mit dem Königreich Dänemark eine vollendete Thatsache.

Daß dieser Zustand noch schlimmer als die Inkorporation ist, bedarf keiner breiten Ausführung. Denn es liegt auf der Hand, daß die deutsche Bevölkerung des Herzogthums Schleswig noch ungleich übler daran ist, wenn die politische Existenz des Herzogthums Schleswig zwar vernichtet, aber gleichwohl das trostlose Willkürregiment aufrecht erhalten wird, welches die dänischen Beamten im Interesse der dänischen Propaganda dort üben. Daß die deutschen Mächte sich dazu sollten verstehen können, in einem Augenblick, wo die dänische Regierung den Bruch der Vereinbarungen von 1851 und 1852, die doch zum mindesten in Betreff der Nicht-Inkorporation des Herzogthums Schleswig bestimmt genug lauten, bis zum Aeußersten treibt, auf neue Unterhandlungen einzutreten, ist wohl als eine Unmöglichkeit anzusehen.“

### Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 8. Nov. Der Warschauer amtliche „Diennik“ bringt folgenden telegraphischen Bericht des Generals Annenkow über den von Komorowski mit etwa 700 Insurgenten bei Porcy erfolgten Einbruch in das Polhynische:

Die Bande Kochebrunns war gut organisiert. Er selbst war in Porcy, aber der eigentliche Führer der Bande war Graf Komorowski. Am 2. Nov. streifte unsere Vorhut 13 Leute nieder. Am 3. fand hart an der Grenze ein Treffen statt. Die Verluste der Insurgenten sind bedeutend, doch konnte die Zahl nicht festgestellt werden, da die Getödteten und Verwundeten über die Grenze geschafft wurden. Das 8. Pz. Militär entwarfente 400 Leute, Andere schlüpfen in die Wälder. Gefangen genommen wurden 11 Mann, erbeutet 7000 Labungen und 30 Pferde, dann der Lagertrain. Die Wälder, wo die Waffen versteckt sind, werden durchsucht. In Kiew und in der ganzen Provinz herrscht Aufbruch.

Ausführlicher als dieser offizielle russische Bericht ist eine Mittheilung der „Gazeta narodowa“ über das Gefecht bei Porcy. Man schreibt ihr nämlich aus Krynynopol:

Am 1. d. M. formirten sich hart an der Grenze, aber schon auf volhynischem Gebiet, drei Abtheilungen, von denen eine Kochebrun zum Führer erhalten sollte; doch übernahm im letzten Augenblick ein Anderer das Kommando. An der Spitze der beiden andern standen Skieniewicz und Komorowski. Alle drei sollten sich dann unter den Oberbefehl Krul's stellen; einstweilen übernahm Komorowski die Oberleitung. Im Ganzen waren es 700 Mann, Infanterie und Kavallerie, darunter 280 Juaeren, welche ein Bataillon bildeten. Es war kein gewöhnliches Gefecht von jungen, unerfahrenen Leuten, sondern durchgehends kriegerische Soldaten aus dem französischen und türkischen Heere, auch Balchibozus und Kosaken des Gzjzkowischen Korps. Equipirung und Waffen waren vorzüglich. Die ganze Ausrüstung ließ nichts zu wünschen übrig. Während des ganzen Aufstandes war noch kein so tüchtiges Korps aufgetreten.

Und diese Eskadron hatte kaum den volhynischen Boden betreten (denn sie hatte nur eine Nacht in Porcy zugebracht), als sie auch bald wieder Keckrum machte und in schönster Marschordnung wieder die galizische Grenze überschritt. Nur wenige Schüsse wurden mit den russischen Dragonern und Kosaken gewechselt. Ueber die Ursachen dieser nicht sehr heroischen Haltung sind die Ansichten getheilt. Einige schieben die Schuld auf Komorowski, Andere meinen, daß keine andere Wahl war, da die Russen bereits 6000 Mann auf dem bedrohten Punkte konzentriert hatten. Am meisten dürfte jedoch die Uneinigkeit unter den Führern zu dem Mislingen der Expedition beigetragen haben; denn es fielen vor der Front Szenen vor, die auf die Mannschaft demoralisierend wirken mußten. Namentlich war es Kochebrun, der

Zweitracht säte und durch seine Anmahnung allgemeinen Unwillen erregte. Durch sein Benehmen bei dieser Gelegenheit soll er sich bei den Polen ganz unmöglich gemacht haben. Nachdem er sich mit Allen zerzankt, zog er noch vor dem Uebergang des Korps nach Galizien von dannen.

Ueber die Konzentrierung der beiderseitigen Streitkräfte im Lublinschen vernimmt die „Gaz. nar.“, daß Wierzbicki als Oberkommandant über die Insurgentenkorps des Kozlowski, Szymbonewski, Eminowicz, Krjinski und Leniewski, welche zusammen 3000 Mann zählen, am 29. bei Eurobin eine Revue abgehalten hat. Die Russen halten mit 18 Bataillonen die Weichselübergänge besetzt, um weitere Zuzüge aus dem Sandomir'schen abzuhalten. Als die Russen gegen die um Eurobin versammelten Insurgenten 2400 Mann Infanterie, 240 Ulanen und 6 Geschütze schickten, zogen sich diese eiligst zurück.

### Griechenland.

Athen, 31. Okt. König Georg I. ist vorgestern (29.) um 1 Uhr Nachts auf der griechischen Dampffregatte „Hellas“ in Begleitung dreier Kriegsschiffe der drei Schutzmächte vor dem Hafen des Piräus angekommen. Folgendes Manifest des Königs ward während seiner Auffahrt unter das Volk vertheilt:

Hellenen! Indem Ich den Thron besteige, auf welchen Mich eure Wahl berufen hat, fühle Ich das Bedürfnis, an euch einige Worte zu richten. Ich bringe euch weder Geselligkeit im Regieren mit, noch einen geübten Verstand; auch könnt ihr solche Eigenschaften von meinem Alter nicht erwarten. Doch bringe Ich euch aufrichtige Liebe und Zuversicht nebst einem tiefen Glauben an die zukünftige Gemeinschaft Meines und eures Schicksals. Ich verspreche euch, Mein ganzes Leben eurem Glück zu widmen. Nicht nur werde Ich gewissenhaft an euren Gesetzen halten, und besonders an der Konstitution, dem Schlüsselstein der neuen hellenischen Verfassung, sondern auch eure Gebürge werde Ich Mich zu lieben bestreben, eure Sitten, eure Sprache, — Alles, was ihr selbst werthhaltet, wie Ich denn bereits euch liebe. Ich werde eure besten und erfahrensten Männer bitten, sich um Mich zu scharen, ohne an frühere politische Trennungen zu denken; durch deren weise und erleuchtete Hilfe werde Ich Mich bestreben, die mannichfachen guten Keime und die materiellen Quellen zu entwickeln, welche euer schönes Vaterland enthält, welches in Zukunft auch Mein Vaterland werden soll. Zweck Meines Ehrgeizes soll der sein: Griechenland, so weit dies von Mir abhängt, zum Mutterstaat des Orients zu erheben. Der Allmächtige, welcher den Schwachen stärkt, möge Mich in Meinen Bestrebungen leiten; möge er nie erlauben, daß Ich je die Versprechungen vergeße, die Ich euch heute gegeben. Möge der Herr, unser Gott, euch unter seinen heiligen und rettenden Schutz nehmen! Oktober des Jahres des Heils 1863. Georg.

Heute leistet der König den Eid in der Nationalversammlung und übernimmt die Regierung. Das Gefühl, welches sich des Volks bemächtigt hat, als es seinen König sah, läßt sich nicht beschreiben. Der Hafen des Piräus, die Straße bis Athen, die Straßen, durch welche der König fuhr, waren so überfüllt, wie ich noch nie eine Straße der Hauptstadt gesehen; mehr als zehntausend Menschen sind aus den Provinzen und der Ägäis herbeigeströmt, um dem Schauspiel der königlichen Ankunft beizuwohnen; kein Balkon, kein Fenster der Straßen, durch welche der königliche Zug erwartet wurde, entbehrt der Blumen, Bänder, Decken und bunten Lampen; das Vivatgeschrei in der Stadt war so allgemein, daß man keine Stimme mehr unterschied, sondern nur ein dumpfes Tosen zu vernehmen war.

Die Ansprache, mit welcher der Präsident der Nationalversammlung den König begrüßte, lautet nach der „Allg. Ztg.“:

Sw. Majestät! Das vor Freude erbebende Griechenland bringt dem Allerhöchsten seinen Dank dar für das Erscheinen Sw. Majestät auf dem vaterländischen Boden. Nach einem mühsamen Kampfe, der viele Thränen gekostet und zum Zweck gehabt hat, die nationalen Freiheiten sicher zu stellen und zu beschützen, nach einem ruhmvollen und unbestrittenen Akte, welcher Griechenland die Achtung und die Sympathien Europa's verschaffte, haben wir Tage schwerer Prüfungen durchlebt; aber dem Rathschlusse der göttlichen Vorsehung gemäß, und Dank der Protection der wohlthätigen Schutzmächte, welche sich dadurch die ewige Dankbarkeit der Hellenen erworben haben, sind Sie, Ihre, gekommen, um das Staatsruder zu ergreifen. Schon hat die Aufregung der Wogen sich gelegt, und das von Ihrer Hand geführte, vom Hauche der süßesten Hoffnungen getriebene Schiff wird in den sichern Hafen einlaufen. Ihre! Wir begrüßen in Ihnen den Auserwählten des Volkes, welchen der hochherzige König von Dänemark mit folgenden merkwürdigen und prophetischen Worten begleitet hat: „Sei ein vollständiger Grieche, und vereinige dich durch ein unausslöschliches Band mit dem Volke, das dich erkoren hat.“ Ja, Ihre, das von der Hand des Allmächtigen geknüpft Band wird unausslöschlich sein. Geseget sei Derjenige, den der Herr uns sendet, und dessen Stirne bereits mit der durch sieben Juwelen verzierten Krone des Jonischen Meeres geschmückt ist, damit er im Schatten eines blühenden Friedens seine große Sendung erfülle, welche durch so viele Wunder verklärt ist. Mit einem Fürsten als Führer an der Spitze, der in den Tugenden herangewachsen ist, werden wir von nun an mutig auf der Bahn des moralischen und materiellen Fortschritts fortwandeln, welche die Nationen zur Wohlfahrt führt und den Thronen die Macht und den wahren Ruhm verleiht. Die Nationalversammlung und mit ihr die ganze hellenische Race rufen aus dem Grund ihrer Seele: Es lebe der ersehnte konstitutionelle König der Hellenen, Georg I., viele Tage, er lebe ruhmvoll unter den Fittigen des Allmächtigen.

Die Anekdote des Ministerpräsidenten lautete also: Sw. Majestät! Hier sind Sie endlich in der Mitte des hellenischen Volkes, dessen Herzen alle Ihnen entgegenzuschlagen. Sie machen es glücklich, indem Sie dessen Wünsche erfüllen, und es eilt freudestrahlend herbei, seinen König zu begrüßen. Es weiß, daß Sie ihm eine neue Aera bringen, und daß unter Ihrem konstitutionellen Scepter nichts mehr seiner freien Entwicklung im Wege steht. Von den Stimmen der Nationalversammlung zur Regierungsgewalt berufen, schägen wir uns glücklich, unter den Ersten zu sein, welche Sw. Majestät die Huldigung ihrer Treue darbringen. Unterstützt von der Mitwirkung der Nationalversammlung, haben wir alle unsere Anstrengungen dahin gerichtet, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, welche eine unvermeidliche Revolution nur erschüttern konnte. Mehr aber als unsere Anstrengungen hat die Kunde von Sw. Majestät baldiger Ankunft das Land über seine Zukunft

beruhigen können, und es erwartet nur Sw. Majestät, um sich ganz den friedlichen Bestrebungen zu widmen, welche die Völker glücklich machen. Die Nation erwartet Sie, Ihre, um Ihren Einzug in die Hauptstadt des Hellenenreiches mit Enthusiasmus zu feiern. Möge die göttliche Vorsehung Ihre Tage für das Glück und den Ruhm Ihres Adoptivvaterlands verlängern, und den Mächtigen der Erde jenes Wohlwollen einflößen, welches die Schutzmächte jederzeit gegen eine Nation besetzt hat, die von Widerwärtigkeiten geprüft wurde, der aber nie die Sympathien der edlen Herzen fehlten. Wir erwarten mit Ehrfurcht die Befehle Sw. Majestät.

### Amerika.

Neu-York, 27. Okt. Der Regen und die schlechten Wege hindern die Sendung von Proviant und Kriegsmaterial an die unionistische Armee von Chattanooga. Das ist's, was Grant zwingt, in der Defensive zu bleiben. Der „Richmond Enquirer“ sagt, ein großer Theil der Truppen Lee's habe den Weg von Bristol nach Culpepper barfuß gemacht. Das Korps Hooper hat den Tennesseefluß überschritten, um nach Chattanooga zu gehen. Bragg theilt mit, daß seine Kavallerie die unionistische Kavallerie bei Philadelphia geschlagen habe. Die Südstaatlichen hätten 700 Gefangene gemacht und 50 Wagen und 6 Kanonen genommen. In einer Rede, welche der Präsident Davis im Staat Alabama hielt, bestand er darauf, daß die Freiwilligen die wichtigen Stellen besetzen sollen, um es den Truppen möglich zu machen, die Armee Bragg's zu verstärken. Er hofft, daß man so dazu gelangen werde, die Unionistenarmee zu erbrücken und zu vernichten und somit den Krieg zu endigen. Hr. Davis bemerkte gleichzeitig, daß von Europa keine Hilfe zu erwarten stehe. — Rosenkrantz ist in Cincinnati mit Begeisterung empfangen worden. Der General sagte, er habe von Hrn. Lincoln ein Schreiben erhalten, worin sein Verfahren in der Schlacht von Chikanooga gebilligt worden sei. Frankreich hat der unionistischen Regierung die effektive Blockade aller Häfen Mexiko's angezeigt, welche sich noch unter der Autorität des Juarez befinden. Das Kriegsdepartement hat den Gouverneur von Neu-York davon benachrichtigt, daß der Staat Neu-York vor Januar 80,000 Freiwillige geliefert haben müsse, wenn er der Konstriktion vorbeugen wolle. Der Staat Neu-York hat zwei Mill. Doll. für Anwerbung der Freiwilligen votirt. In Richmond befinden sich 11,000 unionistische Gefangene.

Neu-York, 29. Okt. Man hat Nachrichten aus Chattanooga vom 27. Die Unionisten hatten ihre Verbindungen mit Bridgeport auf dem Fluß wieder hergestellt. Man versichert, das Hauptkorps Lee's sei am südlichen Ufer des Rappahannock, habe jedoch auch am andern Ufer eine starke Stellung behalten. Seine Infanterie hat die Kavallerie Buford's aus Bullton vertrieben. Gestern hat Meade sein Hauptquartier von Warrenton fortgezogen.

Neu-York, 31. Okt. Die Südstaatlichen haben das Unionistenkorps Hooper's bei Brown-Ferry in Tennessee angegriffen, wurden jedoch zurückgeschlagen. Die Besetzung der Lookant-Gebirge durch die Unionisten bestätigt sich. Die Unionisten besitzen Bergkanonen.

Neu-York, 31. Okt. General Gilmore hat Charleston bombardirt. Man versichert, Lee habe 30,000 Mann an Abingdon in Virginien abgeandt. Dieses Korps soll, nachdem es noch an jenem Orte mit 15,000 Mann unter dem General Jones verstärkt sein wird, gegen die Vorhut Burnside's in Bristol marschiren.

### Baden.

Heidelberg, 10. Nov. (Mitt. J.) Die Gedächtnisfeier des Schiller-tages wurde auch durch die hiesige Bühne begangen, mittelst dramatischer Aufführung der „Glocke“ und „Wallenstein's Lager“, sowie des „Fiesko“ am zweiten Tage. — Der Ausbau der Kirche an der Jesuiten- und an der St.-Petri-Kirche, welcher im Laufe des verflohenen Sommers vorgenommen werden sollte, hat sich in Folge verschiedener Gründe, namentlich einer längern Inbetriebnahme der vorgelegten Pläne, verzögert, soll aber nun, nachdem man sich in letzterer Hinsicht geeinigt hat, bestimmt im nächsten Frühjahr in Angriff genommen werden. — Vorgestern fand das Jahresfest der Stiftung des medizinischen naturhistorischen Vereins statt. Es nahmen hieran etwa 48 hiesige und auswärtige Mitglieder dieses Vereins Theil. Mehrere entsprechende Vorträge wurden gehalten, unter anderen namentlich von dem Vorstande des Vereins, Hofrath Helmholz, Dr. Pagenstecher d. J. und Pfarrer Schmezer von Siegelhausen. — Vor einigen Tagen hat sich hier unter Anleitung und Vortragsführung des Kirchenraths Rathe ein Protestantenverein als Zweigverein des größern Vereins dieses Namens gebildet. Eine größere Protestantenversammlung wird in Wäld nachfolgen. — In der vorgestrigen Versammlung der hiesigen Mitglieder des Nationalvereins erstattete Dr. Blum Bericht über die Leipziger Generalversammlung. Sodann hielt Dr. Bischoff einen anziehenden Vortrag über das gegenseitige Verhältnis Preußens und Oesterreichs zu Deutschland. Der Redner stellte nach wie vor die preussische Spitze als unwünschenswerthe Einigungsform in Deutschland dar. — Die während eines großen Theils des Sommers eingestülpt gewesene, dann aber bei höhern Wasserstand wieder in Gang gekommene Damppschiffahrt auf dem Neckar wird bis 12. d. M. für dieses Jahr definitiv aufhören.

### Vermischte Nachrichten.

Erlangen, 9. No. Heute Morgen ist Ludwig Döderlein nach kurzem schmerzlosem Krankenlager sanft entschlafen im 72. Lebensjahre.

Wien, 9. Nov. Die „Generalkorresp.“ berichtet: „Gegenüber der zuerst von der „Deutsch. Allg. Ztg.“ gebrachten und von dieser in mehrere deutsche Blätter übergegangenen Nachricht, daß die Wahl des protestantischen Professors Dr. Stein in Prag zum Dekan der dortigen philosophischen Fakultät von Seite des Staatsministeriums nicht bestätigt worden sei, können wir auf das bestimmteste versichern, daß in dieser Angelegenheit eine Entscheidung des Staatsministeriums noch nicht erfolgt ist.“

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Samstag 14. Nov. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement: Große Musikaufführung, unter persönlicher Leitung des Hrn. Richard Wagner.



